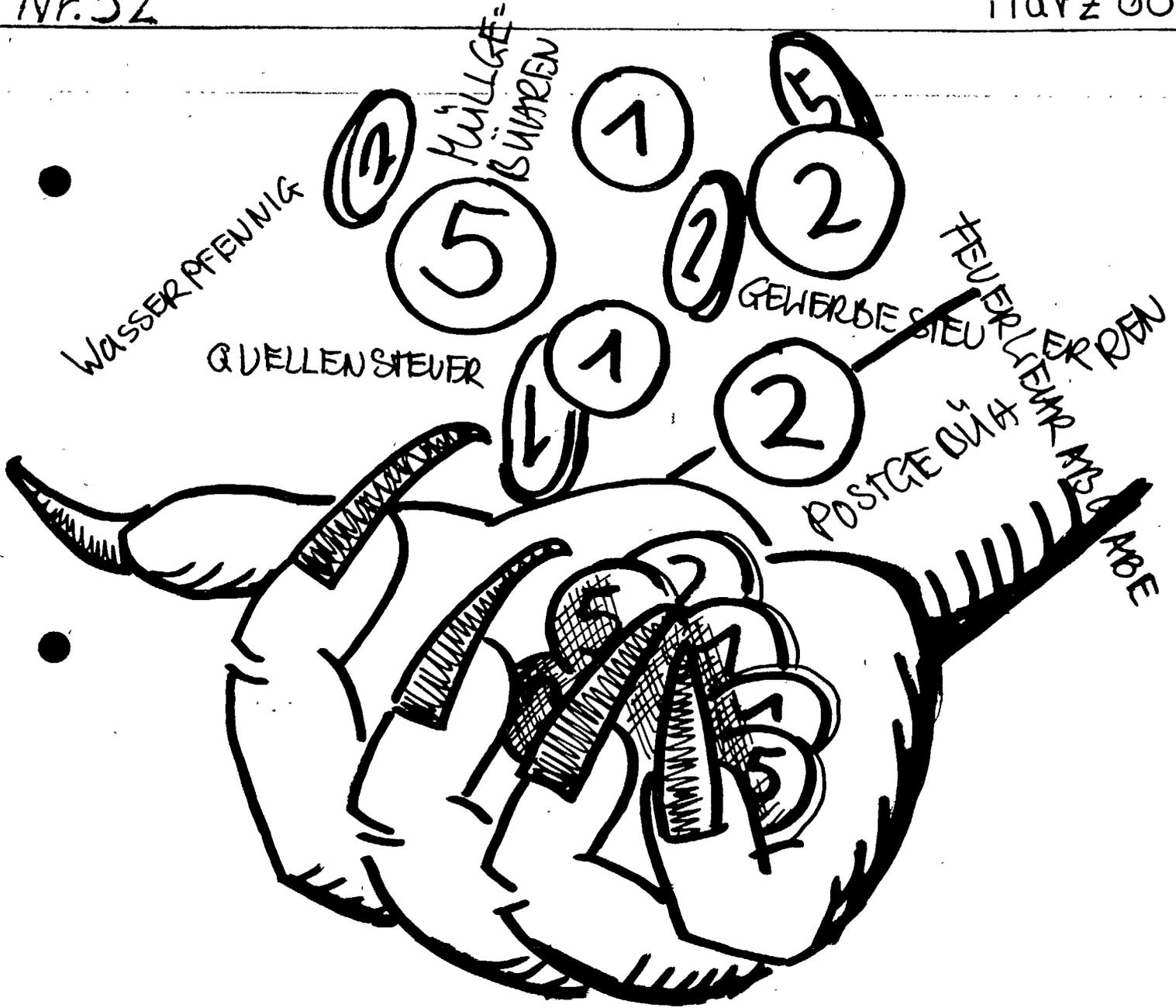


Ortsgespräch

Nr. 52

DETTINGEN - WALLHAUSEN

März 00



UNSER LAND MIT
OFFENER HAND

Es ist noch alles offen !

Diesmal spielt bei der Landtagswahl buchstäblich jede Stimme eine Rolle: Verliert die CDU am 20. März die absolute Mehrheit, dann wird es in Zukunft einen offeneren Wettbewerb um die bessere Politik geben. Das wird auch in den Amtsstuben neue Beweglichkeit bringen - beim Autobahnamt zum Beispiel, das dann endgültig von den Vorstellungen der sechziger Jahre Abschied nehmen und kleinere, auf dem Bodanrück besser verdauliche Brötchen backen muß. Der Konstanzer Bürgerentscheid gegen den Bau der Nordeinführung der B33neu hat die entscheidenden Weichen für einen vernünftigeren Straßenbau gestellt. Ich habe allerdings den Eindruck, daß der CDU-Abgeordnete Klaus von Trotha diese Entscheidung eher als Hindernis für die Verwirklichung der alten Straßenpläne ansieht, wenn er den Bürgerentscheid als die "größte Kommunalpolitische Fehlentscheidung der letzten zehn Jahre" bezeichnet. Mein Ziel ist es daher, dieses Bürgervotum durch einen Wechsel im Landtagsmandat auf Dauer zu sichern!

In der zurückliegenden Wahlkampfzeit waren Forums-Veranstaltungen mit kontroversen Diskussionen zu Fragen der Landwirtschaft, der Technik, der Arbeitswelt, des Eisenbahnverkehrs und des Umweltschutzes offensichtlich die "Renner" im Publikums-Interesse. Zielsetzung war dabei, strittige Fragen offen vor der Wahl anzusprechen und nicht aus dem Wahlkampf herauszuhalten, um nach dem Wahltag dann die unvermeidlichen "Grausamkeiten" zu präsentieren. Jene Taktik ist allerdings besonders beliebt, wenn es ums Geld geht; die Rechnung für die Bonner Steuerpläne wird wohl erst nach dem 20. März serviert werden. Bei allem Respekt, den Dieter Spöri fairerweise dem Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten zollt: Die SPD wird weiterhin Sturm laufen gegen die perspektivlosen Umverteilungspläne der Bonner CDU-FDP-Koalition, die nur den wirklich Wohl-

habenden spürbare Steuerentlastungen bringen, während bei niedrigen und mittleren Einkommen die geringfügigen Steuernachlässe durch Wegfall von Vergünstigungen, durch Erhöhung von Verbrauchssteuern und durch die absehbaren Einschränkungen bei den Leistungen der Gemeinden mehr als aufgezehrt werden. Und das alles, ohne gezielte Impulse für die Lösung der Umweltprobleme oder für zusätzlich Beschäftigungsmöglichkeiten! Eine FDP-CDU-Koalition in Stuttgart läßt in dieser Hinsicht keine Besserung erwarten - eher im Gegenteil!

Wir Sozialdemokraten wollen eine sozial gerechte und zielgerichtete Steuerpolitik - zum Beispiel gekoppelt an die Finanzierung eines neuen Zukunftsinvestitionsprogramms "Energie und Umwelt", das den neuen Energietechniken und neuen Verfahren der Umwelttechnik die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Wir wollen, daß die Finanzierung der Renten endlich auf eine tragfähige Grundlage gestellt wird: Mit der Wertschöpfungsabgabe bei den Unternehmen sollen die Computer und Roboter, die in die Fabrikhallen einziehen, ihren Teil zur sozialen Sicherung beitragen. Eine allgemeine Pflegeversicherung soll den unwürdigen Zustand beenden, Hochbetagte in Pflegeheimen zu Bittstellern um Sozialhilfe werden müssen. Und die viel zu hohe Zahl von Arbeitslosen wollen wir mit neuen Konzepten spürbar verringern - mit Oskar Lafontaine und mit den Gewerkschaften. Für diesen frischen Frühlingswind im Land ist eine gestärkte SPD und damit Ihre Stimme am 20. März eine ganz wesentliche Voraussetzung!

Gerhard Lindner

Ja zum neuen Fortschritt!

Es gibt keine Alternative zur Südtrasse !

Lautstark und emotional, bisweilen beleidigend argumentieren sie, die Hochspannungstrassen-Befürworter oder die Gegner einer Südeinführung. Ihre Argumentation läuft dann folgendermaßen ab: Die verheerenden Auswirkungen der Hochspannungstrasse, durch Gutachten belegt und eigentlich für jedermann einsichtig, werden verschwiegen, oder es wird das Umweltgutachten einfach in Frage gestellt. Oder noch einfacher, wie bei Klaus von Trotha, in "ökologische" Hochspannungstrasse umgetauft.

Das eigenartige Argument "Menschenschutz geht vor Naturschutz" wird ins Feld geführt; die Südeinführung, so wird behauptet, zerstöre das See-Ufer, das Wollmatinger Ried; der See sei schließlich einmalig, Wald gebe es überall und außerdem sei auch die Südeinführung eine neue Straße, das Argument "Ausbau vor Neubau" treffe deshalb gar nicht zu.

Bei näherer Betrachtung zerbröseln diese Argumente schnell. Wenn in einem sechs Kilometer breiten Landstrich, der bereits von zwei großen Straßen durchquert wird, eine dritte Trasse gelegt wird, so ist die Landschaft zerstört, man kann es drehen und wenden wie man will. Wer die Landschaft entlang der Hochspannungsleitung kennt, weiß, daß Biotopvernetzungen zerstört werden, daß meterhohe Dämme, tiefe und breite Einschnitte notwendig sind.

Von Menschenschutz kann auch keine Rede sein. Bei der Südtrasse nämlich entsteht keine neue Trasse. Es werden zwei zusätzliche Spuren gebaut und der Verlauf wird bisweilen geändert. Aber es bleibt bei zwei Straßen über den Bodanrück. Die Hochspannungstrasse dagegen ist eine neue, eine zusätzliche, eine dritte Straße.

Die Allensbacher legen sich - in einiger Entfernung - einen weiteren Ring um den Ort, die Hegner gar werden auf drei Seiten von Straßen eingeschlossen: Im Süden von der

alten B33, im Norden von der B33 neu und im Westen von einer neuen Ortsumgehung, die verhindern soll, daß der Verkehr von der B33 neu durch die engen Ortsstraßen zum See rollt.

Das Argument, die alte B33 wird rekultiviert, ist ganz und gar realitätsfremd. Niemand kann ernsthaft den Verkehr zwischen Markelfingen, Allensbach, Hegne und der Waldsiedlung auf die "Autobahn" zwingen wollen. Und wenn die B33 alt bleibt, so nimmt sie ungefähr die Hälfte des Verkehrs zwischen Radolfzell und Konstanz auf. Wo ist da der Menschenschutz, wenn sich die bestehende Situation nicht grundlegend ändert, die Hochspannungstrasse aber noch zusätzlich die Menschen belastet?

Die Alternative See oder Wald ist eine scheinbare. In Allensbach und Hegne wird am See gewohnt, gebadet, gezeltet, Schlittschuh gelaufen, Motorboot gefahren und vieles mehr. In Ufernähe verläuft auch die Bahnlinie. Ein ruhiges Plätzchen wird dort auch ohne Straße nicht mehr entstehen. Und wenn die vermeintliche Idylle Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr sein soll, wie die Allensbacher sagen, so wird ja wieder Verkehr angezogen, der über irgend eine Straße laufen muß.

Das Wollmatinger Ried wird bei einer Südeinführung stärker belastet. Aber die Natur- und Vogelschützer, die Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen haben, schätzen den Wert eines intakten Bodanrücks höher ein. Ölunfälle, immer wieder ins Feld geführt, sind hier wie dort gleichermaßen katastrophal.

Die Südtrasse kann, das ist durch Planungen belegt, an den wenigen Stellen, an denen sie Wohngebiete berührt, tiefer gelegt und überdeckelt werden. Sie kann, wird sie sorgfältig geplant, sogar die heutigen Verhältnisse verbessern.
Roland Schöner

Stoltenbergs Finanzakrobatik:

Schaden für die Gemeinden

Für Stoltenbergs Steuerreform '90 werden die Kommunen nach Angaben des Deutschen Städtetages mit 6,5 Milliarden DM zur Kasse gebeten. Was der Bund den Bürgerinnen und Bürgern zukommen lassen will – ein paar Hunderter für den Normalverdiener, einige Zehntausende für den Spitzenverdiener –, wird zu einem guten Teil von den Städten und Gemeinden finanziert.

Und das geschieht zu einem Zeitpunkt, wo den Kommunen sowieso das Wasser bis zur Oberkante der Unterlippe steht. Denn auch für die verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik des Bundes müssen sie gerade stehen. So stiegen die Ausgaben der Kommunen für Soziales um 11 Prozent von 22,53 auf 25 Milliarden im Jahr 1986. Eine Zuwachsrate von 7 Prozent ist für 1987 anzusetzen. Ein Grund hierfür sind die Sparmaßnahmen des Bundes bei der Arbeitslosenversicherung. Die Sozialhilfe ist zu einer Ersatzversicherung im Falle von Arbeitslosigkeit geworden.

Der Städtetag, dem 673 Städte in der Bundesrepublik mit zusammen 33 Millionen Einwohnern angehören, hat die Bundesregierung aufgefordert, die Verantwortung und die Kosten für die Arbeitslosigkeit in Höhe von insgesamt drei Millionen Mark zu übernehmen.

Unterm Strich bleibt: Was Stoltenbergs Finanzakrobatik den Bürgern einerseits an Geld zukommen lassen will, holt er sich zu einem guten Teil von den Kommunen. Für den Bürger bleibt so gut wie nichts übrig. Im Gegenteil: Die Lebensqualität für den einzelnen sinkt, und die Folgen sind absehbar. Die Kommunen werden notgedrungen auf die Unterhaltung vieler Teile der Infrastruktureinrichtungen verzichten müssen. Sie werden Kultur- und Freizeitangebote reduzieren, Kindergärten, Altenheime und andere soziale Einrichtungen schließen oder verkleinern müssen. Sie werden die akuten und immer drängender werdenden Umweltprobleme nicht bearbeiten können, sondern liegenlassen und zusehen müssen, wie sie sich verschärfen. Und nicht zuletzt



„Versprochen ist versprochen, ich gebe einen aus!“

Zeichnung: DS/Wolter



bleibt für notwendige Investitionen kein Spielraum. Schon heute sind die Investitionen der Städte und Gemeinden auf den Stand Ende der sechziger Jahre gesunken. Die Folgen der Steuerreform '90 werden sie auf das Leistungsniveau des Jahres 1955 zurückdrücken.

Daß notwendige Investitionen verschoben oder gestrichen werden müssen, hat auch der Konstanzer Gemeinderat bei seinen Haushaltsberatungen schmerzlich erfahren müssen. Nicht einmal für dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen an Schulhäusern und anderen öffentlichen Gebäuden reicht das Geld, obwohl mit der Feuerwehrabgabe und der Gewerbesteuer die Einnahmen vergrößert worden sind. Auch im Straßenbau (Laube) und bei der Altstadtanierung (Marktstätte) mußte geschoben werden. Ganz zu schweigen von der Erfüllung des lange gehegten Wunsches, endlich das Klein-Venedig und das gesamte Hafensareal in einen besseren Zustand zu versetzen. Zurückgestellt wurden schließlich auch Maßnahmen in unserem Teilort Dettingen-Wall-

hausen. Bei einer besseren Finanzlage hätte das Rathaus schneller umgebaut werden können, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen könnten früher angepackt werden und auch die Sanierung der Turnhalle, die mehr als notwendig ist, könnte in Angriff genommen werden.

Helmut Gloger/Roland Schöner

O R T S G E S P R Ä C H

Herausgeber: SPD-Ortsverein
Dettingen-Wallhausen
Verantwortlich: Dagmar Bargel
Gestaltung: Bargel, Schöner,
Fischer, Burgert
Druck: Friedrich Romer
KN, Rheinsteig 15
Redaktions-
anschrift: Sonneneck 1,
7750 KN-Dettingen

Nachdruck gegen Einsendung eines Belegexemplars jederzeit gestattet.

Schüler fordern!

Es gibt eine Alternative!

Am 10. Februar 1988 war Gerhard Mayer-Vorfelder, der für die öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg zuständige Minister bei einer Wahlveranstaltung der CDU der Hauptredner in Konstanz. Ich bin in vielen solchen Veranstaltungen gewesen, doch so wie hier ging es nicht annähernd bei den anderen zu. In den meisten - ganz gleich von welcher Partei - kommt man sich oft vor wie in einer Katakombe, den frühchristlichen unterirdischen Begräbnisstätten, z. B. in Rom, wo die Anhänger dieses Bekenntnisses sich heimlich trafen, unter Gleichgesinnten waren und sich vor Gegnern sicher glaubten. Nicht so bei diesem Minister, der die Kulturpolitik fortführt, für die die CDU seit 1972 als Einparteienregierung die alleinige Verantwortung trägt. Das ist schon bemerkenswert, denn gerade von "Kultur" konnte bei dieser Veranstaltung (nach 16 Jahren der Alleinverantwortung der CDU in diesem Ressort!) keine Rede sein. Vom ersten Augenblick an störten Schülergruppen in Sprechchören. Sie überschrien die offiziellen Redner und sollen schließlich Eier und Farbbeutel geworfen haben, doch da war ich schon nicht mehr im Saal. Ich war früher gegangen. Die Störer hörten nicht auf, die Redner waren nicht zu verstehen; da hatte ich Besseres zu tun - und sei es gar nichts!

Toleranz!

Mich ärgerte dabei nicht allein die verlorene Zeit. Mich ärgerte auch, daß die randalierenden älteren Gymnasiasten das demokratisch und politisch Falsche taten. Was für eine Intoleranz! was für ein Demokratieverständnis wurde hier sichtbar? - So formulierte es auch der Hauptredner Mayer-Vorfelder.

Wie gesagt, betroffen ging ich vorzeitig heim, aber ich machte mir auch meine Gedanken: Weshalb eigentlich die völlig aus dem Normalen fallende Atmosphäre bei dieser Wahlkampfveranstaltung? Ich meine,

daß kein anderer verantwortlicher Politiker in unserem Land durch ständige "denkwürdige Aussprüche" so zur Polarisierung von links und rechts, von Fortschritt und Reaktion und von den Ansichten im Geschichtsverständnis beigetragen hat wie gerade Mayer-Vorfelder.

Landesschülerrat!

Ein Hauptanliegen der Protestierenden war die Zulassung eines Landesschülerrats (den es außer bei uns und in Bayern in allem Bundesländern gibt!), der sich gegenüber dem Kultusminister frei äußern könnte. Diesen Rat aber lehnte Mayer-Vorfelder kategorisch ab. - Toleranz - Demokratieverständnis?

So verstärkten sich bei mir die Zweifel, ob Mayer-Vorfelder - er mag so intelligent, tüchtig und der Sprachlehre mächtig sein, wie kein anderer - der richtige Minister gerade für unsere Schulen ist.

Chancen für alle!

Ich stelle mir Schule und Erziehung toleranter, demokratischer und sozialer vor. So meine ich auch, daß es bei uns mehr Ganztagschulen geben sollte, wo Kinder alleinerziehender Mütter oder Väter, Kinder, deren Eltern beide berufstätig sind (oder sein müssen!), und wo Kinder aus sozial benachteiligtem Umfeld am Nachmittag betreut und gefördert werden können. Es darf kein Kind vom schulischen Erfolg ausgeschlossen sein, weil die Eltern ihm nicht als Nachhilfelehrer Unterstützung geben können, oder weil sie zu Hause nicht die Möglichkeit haben, in Ruhe zu arbeiten!

Bafög!

Spielend ließen sich weitere Beispiele verfehlter CDU-Bildungspolitik anführen: massenhafte Unterrichtsausfälle, Bafög-Streichungen, zu geringe Gewichtung des sozialen

Durchlässigkeit!

Lernens, geringe Durchlässigkeit zwischen den Schularten, fehlende Gesamtschulen, zu frühe "Einsortierung" in Haupt- Real- und Oberschulen, keine echte Beteiligung aller Betroffenen an den Entscheidungen über die Schulen (vgl. Landesschülerrat) und, und, und.

Zur bisherigen Kulturpolitik der CDU gibt es eine echte Alternative in der Partei, die sich sozial verpflichtet fühlt, und das ist die SPD!

Ulrich Beck

Antrag der SPD zum Bus

Seit einiger Zeit wird in den städtischen Gremien über Verbesserungen beim Busverkehr diskutiert. Auch Dettingen-Wallhausen ist dabei im Gespräch. ORTSGESPRÄCH hat in seinen letzten Ausgaben jeweils über den Stand der Dinge berichtet. Nun neigt sich die Diskussion ihrem Ende entgegen. Um das Verfahren zu beschleunigen, hat die SPD-Fraktion den folgenden Brief an die Verwaltung geschrieben:

Sehr geehrter Herr Keller,

namens meiner Fraktion beantrage ich, die folgenden Punkte in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ortschaftsrats aufzunehmen:

1. Neubau des Teilstücks der Nordumfahrung von Wollmatingen zwischen der Dettinger und der Radolfzeller Straße.
2. Neuordnung der Buslinien 4 und 13.

Zu 1.:

Zweck dieses Antrags ist es zu erreichen, daß das genannte Straßenstück sehr schnell gebaut wird. Dafür gibt es mindestens zwei wichtige Gründe. Erstens wird der morgendliche Stau in Wollmatingen aus dem Ortskern herausgenommen und zweitens kann dann die Linie 13 auf der, für den übrigen Verkehr gesperrten, Dettinger Straße ohne Behinderung bis zum Heuboden fahren, was eine erhebliche Verkürzung der Fahrzeit zur Folge hätte.

Als Beschlußantrag schlagen wir folgendes vor:

Der Ortschaftsrat empfiehlt dem Gemeinderat, den Bau des Straßenstücks zwischen der Dettinger und

der Radolfzeller Straße unverzüglich in Angriff zu nehmen, so daß mit dem Bau bereits im Jahr 1989 begonnen werden kann.

Zu 2.:

Eine vom Werksausschuß eingesetzte Kommission hat bezüglich der Buslinien 4 und 13 zu dem bereits vorgeschlagenen gegenläufigen Ringverkehr eine weitere Variante (Variante b) vorgelegt. Diese Variante, die die Linie 4 nicht verändert, dafür aber die Linie 13 auf einen 30-Minuten-Takt verdichtet, hat für unseren Ortsteil gegenüber der Ringlösung zwei wesentliche Vorteile.

1. Pro Stunde gibt es drei Abfahrtsmöglichkeiten nach Konstanz, zwei mit der Linie 13 und eine mit der Linie 4. Bei der Ringlösung würden zwar stündlich vier Busse nach Konstanz fahren, die Abfahrtszeiten fallen aber in Dettingen zusammen.
2. Die Variante b bietet in Wollmatingen gute Umsteigemöglichkeiten auf die Linien 6 und 7, und zwar, sowohl stadtein- als auch stadtauswärts.

Hierfür schlagen wir folgenden Beschlußantrag vor:

Der Ortschaftsrat empfiehlt dem Werksausschuß und dem Gemeinderat für eine Neuordnung der Linien 4 und 13 die Variante b entsprechend der Seite 6 der Sitzungsvorlage für den Werksausschuß für den Werksausschuß vom 15.5.1988.

Mit freundlichen Grüßen

DER NEUE FORTSCHRITT STEHT FÜR MEHR VERANTWORTUNG GEGENÜBER MENSCH UND NATUR.

Baden-Württemberg ist heute das wirtschaftlich stärkste Bundesland. Darauf können wir stolz sein. Gleichzeitig gibt es einen neuen Grundwiderspruch zwischen positiven ökonomischen und negativen ökologischen Werten.



»Jeder braucht in der Politik eine Vision, wenn er nicht resignieren oder zum Berufszyniker werden will. Ich habe die Vision eines neuen Fortschritts für Baden-Württemberg.« Dieter Spöri

für eine Hochtechnologie, die ohne Kernenergie auskommt. Gerade wir in Baden-Württemberg haben das Know-how, um unser Land zum führenden Lieferanten energiesparender und umweltfreundlicher Technologien zu machen. Dieser Kurswechsel in der Industrie-, Energie- und Umweltpolitik und die Hinwendung zu einer Öko-High-Tech-Industrie werden nicht weniger, sondern mehr Arbeitsplätze schaffen. Umweltpolitik gefährdet nicht Arbeitsplätze, sondern schafft Hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen.

Am 20. März entscheiden Sie über die Zukunft Baden-Württembergs.

Wenn Sie für Arbeit und Umwelt sind, sagen Sie Ja zum neuen Fortschritt:

Baden-Württemberg ist Rekordhalter in ungezügelmtem Landschaftsverbrauch, und der Schwarzwald steht an der Spitze der Waldschäden. Die Menschen in Baden-Württemberg sind am stärksten von umweltbedingten Krankheiten betroffen. Aber wir kritisieren nicht nur den veralteten Fortschrittsbegriff, wir setzen ihm etwas entgegen: den neuen Fortschritt. Einen Fortschritt, der Arbeitsplätze für alle schafft, dabei aber mit den natürlichen Lebensgrundlagen verantwortungsvoll umgeht. Denn wir haben nur dann eine wirtschaftlich lebenswerte Zukunft, wenn auch unsere Kinder und Enkel noch das Wasser in unserem Land trinken und die Luft ungefiltert atmen können. Wir wollen mit Baden-Württemberg eine Spitzenstellung bei umweltfreundlichen Produktionstechnologien, Filter-, Entstickungs- und Entschwemmungsanlagen anstreben. Unsere chemische Industrie soll führend beim Einsatz umwelt- und menschenverträglicher Stoffe werden.

Wir wollen, daß unser Land Modell-Land wird

**JA ZU DIETER SPÖRI
UND ZUR SPD.**